



Alternative für Deutschland
Landesverband Hessen

Frankfurt/Main, den 22.12.2016

Liebe Parteifreunde und Förderer der AfD Hessen,

alles wird in diesen Stunden und Tagen überschattet durch die Ereignisse von Berlin. Zwölf Tote und fünfzig Verletzte, nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse. Ein Terroranschlag gegen unschuldige Menschen, gegen einen Staat, der noch nicht islamisch dominiert wird, gegen das feindliche Abendland, das früher christliche.

Die Blutspur wird länger und die Anschläge erfolgen häufiger. Von Paris über Nizza nach Berlin. Hinzu kommen die martialischen Tötungsdelikte der jüngsten Zeit von Würzburg und Freiburg. Nein, nicht alle Muslime sind Täter. Das hat auch niemand behauptet. Aber alle diese Täter sind Muslime. Und das hat seine Bedeutung. Es gibt ihn, den kriminologischen Zusammenhang zwischen der frühmittelalterlichen Herrschaftsideologie des Islam und der Gewalt, die von ihr ausgeht.

Das gleiche gilt für die jährlich auch in Deutschland stattfindenden „Ehrenmorde“, die tausendfachen Sexualverstümmelungen von Mädchen und jungen Frauen, ihre Zwangsverheiratungen und lebenslange Entrechtung. Er habe geplant, seine „Schwester zu eliminieren, um seine gekränkte Ehre wieder herzustellen“, sagt der soeben rechtskräftig verurteilte „Ehrenmörder“ Savasci. Seine Schwester habe sich geweigert, das „Bayram-Fest“ mit der Familie zu feiern.

Der Berliner Anschlag muss einem entsetzen. Er kann einem aber nicht überraschen. Was Merkel, Gauck und de Maizière dazu sagen, sind gestanzte Formeln. Die haben wir schon oft gehört und die werden wir noch oft hören, wenn die Wähler dem kein Ende machen. Sie sei „entsetzt, erschüttert und tief traurig“, sagt die Bundeskanzlerin. „Der Hass der Täter wird uns nicht zu Hass verführen. Er wird unser Miteinander nicht spalten“, sagt der Bundespräsident. „Heute ist nicht der Tag, um über Konsequenzen zu sprechen“, sagt der Innenminister.

„Es geht nicht um Ihre Gefühle“, Frau Bundeskanzlerin, „mit Verlaub. Es geht um Ihre politische Pflicht. Und die verlangt von Ihnen, „Ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden“ (Art. 56 Abs. 1 GG). Und dieser Pflicht sollten Sie seit zehn Jahren nachkommen. „Und natürlich wird uns die Tat spalten“, Herr Bundespräsident, „weil die Menschen angemessene Signale und keine pastoralen Sprüche hören wollen von dem Exponenten ihres Staates“. Und wenn „heute nicht der Tag ist, um über

Konsequenzen zu sprechen“, Herr Innenminister, „dann sagen Sie uns: Wann ist er und was sind die Konsequenzen?“

Multi-Kulti sei total gescheitert, hat Angela Merkel 2003 gesagt. Heute bricht sie Recht und Gesetz und schleust Millionen Menschen ins Land, von denen niemand weiß, wer sie sind und was sie wollen. So, als könnte dieses Land das Leid und das angebliche Leid der Menschheit hier beseitigen. „Zum Elend unserer Asylbewerberproblematik gehört auch, dass wir für ein paar hunderttausend, die im Zweifel nicht zu den Ärmsten in ihren Ländern gehören, unsere politische und finanzielle Kraft erschöpfen, statt dass wir diese Mittel für Millionen Notleidende...in der dritten Welt zur Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen.“ So Wolfgang Schäuble im Bundestag am 18. Oktober 1991 als damaliger Innenminister. Das war vor 25 Jahren. Hätte er danach gehandelt, sähe die Welt anders aus. Heute sagt er: „Die Abschottung ist doch das, was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe“, in Deutschland trügen Muslime zu Offenheit und Vielfalt bei. (So in der „ZEIT“ Anfang Juni 2016.) Bei diesem Niveau ist man versucht zu sagen, „vor allem dann, wenn sie verschleiert sind, wird einem die „Offenheit“ so richtig bewusst“.

Zumindest diese beiden politischen Figuren waren einmal der Gnade der Erkenntnis teilhaftig. Die Gnade hat sie jedoch verlassen. Sie irrlichtern seit Jahren umher und zerstören dieses Land, mit Macht, die ihnen vom Volk gegeben wurde und die sie mit Fleiß missbrauchen. Noch nie hat eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland solche Schäden zugefügt wie die amtierende und ihre unmittelbaren Vorgänger. Das muss „Konsequenzen haben“, Herr Innenminister, „und zwar sofort“! 1985 hatte die Bundesrepublik 495.000 Soldaten, die Mehrzahl davon Berufssoldaten. Heute haben wir 176.000 Soldaten und 310.000 Polizisten. Wir haben aber auch eine Million junger Männer, frisch aus aller Herren Länder eingedrungen, vor allem aus muslimischen. Und Helmut Schmidt schrieb 2008: „Wer die Zahlen der Moslems in Deutschland erhöhen will, nimmt eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens in Kauf“. Wie Recht der Altkanzler hatte. Politische Realität war noch nicht gegen Taka-Tuka-Land eingetauscht worden. Dies alles führt uns Berlin in diesem Moment vor Augen.

Wahlparteitag am 5./6. November

Lassen Sie uns auf den Listenparteitag am 5./6. November zurückkommen. Viele unserer über 2.000 Mitglieder haben hart gearbeitet. Die Kollegen aus dem Main-Taunus-Kreis, die neben dem Landesgeschäftsführer die Hauptlast der Organisation getragen haben, verdienen unseren Dank.

Die Kandidaten und Kandidatinnen haben sich einige Wochen auf diesen Tag vorbereitet. Auch Sie verdienen unseren Respekt, weil sie sich der schwierigen Auswahl gestellt haben.

Und schließlich die mehr als 400 Mitglieder, die am Samstag bis 21 Uhr hochkonzentriert den Vorstellungen gefolgt sind und um diese Zeit die erste große Wahl vorgenommen haben, in der auch die Kandidaten für die ersten fünf Plätze bestimmt worden sind. Am Sonntag erschienen immer noch 300 Mitglieder, um die Stichwahlen durchzuführen und die

Wahl um die Plätze 10 bis 18 zu beginnen. Immerhin konnten an diesem Tag noch die Bewerber bis zum Platz 16 bestimmt werden.

Der Landesvorstand hatte sich vorgenommen, am Wochenende 11./12. Februar einen weiteren Listenparteitag in Mittelhessen einzuberufen, um die weiteren Listenbesetzungen vorzunehmen. Dies allerdings ist derzeit nicht sicher, weil Anfang Dezember zwei Wahlanfechtungen beim Landesschiedsgericht eingegangen sind, die entschieden sein müssen, ehe wir den neuen Parteitag einberufen. Es handelt sich um Einzelanfechtungen, also solche, in welchen die Antragsteller behaupten, in ihren persönlichen Mitgliedschaftsrechten rechtswidrig beeinträchtigt worden zu sein. Der Landesvorstand hat sich ausführlich mit den Anfechtungsanträgen beschäftigt und in der vergangenen Woche Erwidierungsschriften verabschiedet und beim Landesschiedsgericht eingereicht. Wir glauben, gute Gründe dafür anführen zu können, wieso die Anfechtungsbegehren keinen Erfolg haben können. Die Entscheidung liegt jedoch im Schoße des Landesschiedsgerichts, das gebeten ist, zügig zu entscheiden, damit alle weiteren Verfahrensschritte zu einer endgültigen Landesliste, die wir beim Landeswahlleiter rechtzeitig einreichen müssen, geplant und organisiert werden können.

Spendenkampagne für die Bundestagswahl 2017

Schließlich dürfen wir auch in diesem Brief an Sie alle auf die derzeit noch laufende Spendenkampagne der Gesamtpartei hinweisen. Im Jahr 2016 haben wir unsere finanziellen Verpflichtungen nur erfüllen können, weil wir im Dezember 2015, unmittelbar nach Änderung des Parteiengesetzes zu unseren Lasten („lex AfD“), eine Spendenaktion durchgeführt haben, die sensationelle zwei Millionen Einnahmen erbracht hatte. Neben dem gespendeten Geld führte dies zu einer Erhöhung der staatlichen Finanzierungsmittel in gleicher Höhe, also zu insgesamt vier Millionen an Einnahmen. Sie müssen wissen, dass wir eine Partei sind, die nach wie vor im Verhältnis zu unseren Wahlergebnissen eine außergewöhnlich niedrige Mitgliederzahl hat. Wir nähern uns zwar mit großen Schritten der 30.000er Marke. Das ist jedoch etwa die Hälfte dessen, was die Grünen, die Linke und die FDP haben. D. h. unsere Mitgliedereinnahmen sind etwa nur halb so hoch wie diejenigen dieser Parteien.

Unser Zusatzproblem ist, dass wir in der Liga der früheren Großparteien spielen wollen und müssen, um unser Land vor dem Ruin zu retten. Dies ist keineswegs eine Dramatisierung, wie Sie alle gut wissen. Die Großparteien werden jeweils über 20 Millionen Euro im Bundestagswahlkampf einsetzen. Das übersteigt bei weitem unsere Möglichkeiten. Es muss vielleicht auch so viel Geld nicht sein, da wir die besseren politischen Inhalte haben und Inhalte nicht vollends durch Geld zu ersetzen sind. Aber die zwei Millionen, wie das letzte Jahr, sind unverzichtbar. Sie haben alle einen persönlichen Brief mit Überweisungsträger erhalten. (27.000 Mitglieder und Förderer und 16.000 registrierte Spender, die nicht Mitglied sind.) Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie helfen, unseren großen Auftrag, den die Wähler uns geben wollen, auch zu ermöglichen. Wir müssen an die 20 % - Marke kommen, um auf Augenhöhe mit den „Großen“ unseren Einfluss geltend machen zu können. Dies ist unverzichtbar für unser Land und unsere Kinder! Bitte tun Sie das für uns alle.

Zu guter Letzt und in großer Ernsthaftigkeit überbringen wir Ihnen unsere guten Wünsche zum Jahresausklang. Wir sind im Geiste bei allen Opfern des mörderischen Überfalls von Berlin und ihren Angehörigen. Wir wünschen ihnen die Kraft zur Trauer und Ihnen allen den Mut zum weiteren politischen Bekenntnis zur AfD.

Mit freundlichen Grüßen

Albrecht Glaser Peter Münch Rolf Kahnt
(Landessprecher der AfD Hessen)

Anlage:
- Ergebnis AfD Listenparteitag 05. und 06.11.2016